



Ein entwicklungspolitisches Nein zur ECOPOP-Initiative, um einen umfassende Verankerung der Frauengesundheit zu ermöglichen

Die Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, die sogenannte ECOPOP-Initiative, fordert neben ihrer ausländerpolitischen Stossrichtung für die Schweiz auch einen Verfassungszusatz, der die Entwicklungspolitik betrifft. Bei einer Annahme der Initiative müsste die Schweiz künftig 10% ihrer in die Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel für Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung einsetzen. Die Initiative verknüpft damit den Überfremdungsdiskurs mit einem entwicklungspolitischen Ansatz.

Die Initiative ist aus entwicklungspolitischer Sicht in dreifacher Hinsicht problematisch:

1. Freiwillige Familienplanung ist in der Tat ein wichtiger Teil der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Um die Frauengesundheit zu verbessern, arbeiten die in der internationalen Gesundheitszusammenarbeit tätigen Mitgliedorganisationen des Netzwerks Medicus Mundi Schweiz mit einem intersektoriellen Ansatz. Dieser ist darauf ausgerichtet, die Gesundheitssysteme als Ganzes aber auch Mädchenbildung und die wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen zu stärken. Die massive finanzielle Ausrichtung der Initiative auf selektive Elemente der Gesundheitszusammenarbeit schwächt unsere ganzheitliche Arbeit zugunsten der Gesundheit von Frauen und benachteiligter Menschen weltweit.

2. Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit wird durch die ECOPOP-Initiative im Bereich der freiwilligen Familienplanung dem Ziel unterstellt, die von den InitiantInnen postulierte sogenannte Überbevölkerung zu bekämpfen. Damit wird die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in einem Masse interessengeleitet, dass sie insgesamt global diskreditiert werden wird.

3. Die ECOPOP-Initiative geht davon aus, dass die sogenannte Überbevölkerung das zentrale Entwicklungsproblem der armen Länder sei. Weniger Geburten würden helfen, die Armut in den betroffenen Ländern zu bekämpfen. Eine hohe Anzahl von Geburten hat aber allein keinen negativen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Mangelnde soziale und wirtschaftliche Entwicklung hat viele Ursachen. Engagement für mehr Gerechtigkeit, eine auf den Menschenrechten basierende Entwicklung, gute Regierungsführung oder Investitionen in ein allen Menschen zugängliches Gesundheitssystem sind zentrale Elemente um Entwicklung wirklich voranzubringen.

MMS/ml, 3.7.14